

Diskussionsbeitrag

**OHNE LANDWIRTSCHAFT
KEINE ZUKUNFT DER LÄNDLICHEN RÄUME ,
—
OHNE LÄNDLICHE RÄUME
KEINE ZUKUNFT FÜR M-V**

von

Prof. Dr. Fritz Tack [MdL]

Sprecher für Agrarpolitik, ländliche Räume und Verbraucherschutz
der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

IM RAHMEN DER

EU-AGRARPOLITISCHEN KONFERENZ IN MV

VON LINKSFRAKTION IM EP,
DIE LINKE. BUNDESTAGSFRAKTION UND
DIE LINKE. LANDTAGSFRAKTION M-V

ZUM THEMA

**»EUROPÄISCHE POLITIK FÜR DIE BAUERN?
ZUR REFORM DER
GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN AGRARPOLITIK 2013«**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Genossinnen und Genossen,

im Jahr 2011 werden mit der Neuausrichtung der GAP nach 2013 nicht nur die Weichen für die Zukunft der Landwirtschaft in Europa gestellt, sondern auch die nachhaltige Entwicklung der Agrarwirtschaft und der ländlichen Räume in M-V wird dadurch bestimmt.

DIE LINKE in Mecklenburg- Vorpommern bereitet sich intensiv auf den 4. September, auf die Landtagswahlen vor.

Dabei ist die Landwirtschaft, ihre Bedeutung ihre Perspektive stärker in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt, als es bei vergangenen Wahlen der Fall war.

Das liegt zum einen am gestiegenen öffentlichen Interesse, zum anderen an der Debatte zur Zukunft der GAP.

Und beides hängt sehr eng zusammen.

Das gestiegene öffentliche Interesse ist positiv zu bewerten.

Aber aus meiner Sicht als Landwirt ist dies leider weniger von fachlichen Erwägungen, und der Betrachtung der Landwirtschaft als Wirtschaftszweig geprägt.

Die immer größer werdende Entfremdung der Menschen von der landwirtschaftlichen Produktion prägt die Debatten stärker.

Manche meiner zahlreichen Vorträge oder agrarpolitischen Gespräche beginne ich deshalb mit der provokativen These:

Gehört der Bauer noch ins Dorf?

Um dann sehr schnell die Hauptaufgaben der Landwirtschaft im 21. Jahrhundert der Sicherung der Ernährung, die Energiewende und den Klimaschutz aus der Sicht der LINKEN zu erläutern.

Wenn wir über Agrarwirtschaft in unserem Lande sprechen heißt das,

In Mecklenburg-Vorpommern arbeiten rund 4.700

Landwirtschaftsbetriebe in unterschiedlichen Strukturen,

Ausrichtungen und Größen auf 1.350.900 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Das sind rund zwei Drittel der Landesfläche.

1.083.300 Hektar, bzw. 80,2 Prozent, nimmt davon Ackerland ein,

In unserem Wahlprogramm setzen wir uns

für die Stärkung der Agrarwirtschaft ein.

Die Agrarwirtschaft muss gesunde Nahrungsmittel erzeugen, dem Umwelt- und Klimaschutz sowie der Pflege der Kulturlandschaft dienen und das Einkommen der Landwirte sichern.

Sie soll in regionalen Kreisläufen ihre Abprodukte verwerten und einen Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energien leisten.

Landwirte tragen eine hohe Verantwortung für den Schutz der Ressourcen Boden, Wasser und Luft.

Sie sind die Basis des Lebens und der wirtschaftlichen Entwicklung.

Damit ist klar, dass wir die Landwirtschaft nicht als folkloristisches Element zur Verschönerung der Landschaft sehen.

Zugleich wird aber auch klar, wie komplex und vernetzt die Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume ist.

Sofort ist man bei der Frage, wie soll die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013 aussehen?

Bestimmt sie doch mit den Direktzahlungen bis zu 40- 65% Anteil das Einkommen der Landwirte und hat über die 2. Säule direkten Einfluss auf die Entwicklung der Dörfer, die

Agrarumweltmaßnahmen, den Ökolandbau und die Unterstützung der benachteiligten Gebiete.

Darüber hinaus treffen die aktuellen Debatten und Vorhaben der Europäischen Kommission mit den Kappungsgedanken gerade in unserem Bundesland viele größere Betriebe, von denen eine Vielzahl Genossenschaften sind, also Familienbetriebe im besten Sinne. Wir lehnen solche Modelle ab. Jeder Hektar ist uns gleich viel wert.

Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei an der Bruttowertschöpfung des Landes lag im Jahr 2010 mit 870 Mill. Euro bei 2,7 Prozent. Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt von 0,9 Prozent ist dies ein Spitzenwert.

Dies zeigt aber auch, dass es uns an anderer Stelle an Wirtschaftskraft mangelt, daher sollten wir die Leistungskraft unserer Land- und Ernährungswirtschaft, wie einen Schatz hüten.

Ich möchte an dieser Stelle kurz auf die Vorstellungen anderer Parteien im Lande eingehen.

Bekannt sind die Positionen der Konservativen Parteien, ich nenne hier nur die CDU, die sich für die Beibehaltung des jetzigen

Zustandes oder Modells einsetzt und sich den Argumenten für eine neue Agrarpolitik für die neuen Herausforderungen verschließt.

Die SPD im Lande geht beispielhaft für ihre Bundespartei mit einem sehr differenzierten und tief gestaffelten Konzept in den Wahlkampf.

Die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft konnten sich gestern bei den Ausführungen des Staatssekretärs Kreer (M-V) davon überzeugen.

Eine Berücksichtigung der Komponente Arbeitskraft sieht die SPD im Gegensatz zu den Vorstellungen der LINKEN zur GAP nach 2013 nicht vor.

Im Moment ist die Stimmung der Bauern mehr dem Festhalten am Status Quo zugeneigt.

Wir haben dazu auch die Argumente von Dr. Piehl gehört, die man ernst nehmen sollte.

Die Kernfrage ist, ob die Beibehaltung des jetzigen Modells auf die Zustimmung der Europäischen Mehrheiten treffen wird und den neuen Herausforderungen und den gesellschaftlichen Anforderungen in Deutschland genügen wird.

Eine der berechtigten Befürchtungen ist aus meiner Sicht, die mögliche Zunahme der Bürokratie, die ohnehin schon beim jetzigen Modell rasant gewachsen ist. (Die Broschüre, die die Cross-Compliance Bestimmungen im Lande beinhaltet ist inzwischen auf über 150 Seiten gewachsen)

Ein Konzept für die GAP, dass weniger Bürokratie erfordert, hätte sicher eine größere Chance der Akzeptanz bei den Bauern.

Denn das es weniger Geld geben wird, egal nach welchem Konzept, ist bei den Bauern schon angekommen.

Einigkeit, oder Gemeinsamkeit, dass will ich auch betonen, besteht in der Ablehnung der Kappung und Degression bei den Direktzahlungen.

Für mich persönlich liegt der Charme unseres Konzeptes in dem Gedanken der 20% igen Förderung des Arbeitskräfteanteils, so dass viele unserer Betriebe, die eine breite Produktionspalette inklusive Tierhaltung mit einem hohen Arbeitskräfteanteil aufweisen, bevorzugt werden.

Eine im Moment entscheidende agrarpolitische Frage an die Parteien ist die Gretchenfrage nach dem Umgang mit der Tierhaltung?

Wir haben uns für ein differenziertes Herangehen entschieden.

Wir sagen ja zu mehr Tierhaltung im Lande, weil der gegenwärtige Stand von 0,38 GV/ha sowohl von der Wertschöpfung, als auch von der Sicherung der Kreislaufwirtschaft und der Nährstoff- und Humusbilanzen völlig unzureichend ist.

Jedoch sind wir gegen, ich nenne sie mal Riesenanlagen, wie z.B. ein Vorhaben eines holländischen Investors, der pro Jahr 10 500 Muttersauen 250 000 Ferkel an einem Standort produzieren will.

Der gegenwärtige gesetzliche Rahmen der Bundesrepublik gibt solch eine Genehmigung her.

Trotzdem meinen wir, dass eine Anlage dieser Dimension schon aus regionaler Sicht im Zusammenwirken aller Faktoren nicht nachhaltig arbeiten kann.

Seit mindestens 3 Jahren kochen Emotionen der Gegner, wie der Befürworter hoch.

In einer unserer zahlreichen parlamentarischen Initiativen haben wir uns deshalb für die zwingende Durchführung eines Raumordnungsverfahrens für raumbedeutende Anlagen sowohl der Tierhaltung als auch der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen ausgesprochen.

Der Schutz wichtiger Ressourcen wie beispielsweise die Bodenqualität, die Artenvielfalt und die Wasserqualität, der Umwelt- und Klimaschutz, sowie die Pflege der Kulturlandschaft sind ebenfalls zentrale Aufgaben der Landwirtschaft.

Wir wollen eine Weiterentwicklung der Kriterien der Guten fachlichen Praxis.

Um diesen Anforderungen erfolgreich gerecht werden zu können, brauchen wir eine flächendeckende, nachhaltige Landwirtschaft, deren Strukturen und Anlagen in die jeweilige Region passen, ein konfliktarmes Nebeneinander mit anderen Nutzungen ermöglichen und die von der Bevölkerung akzeptiert werden kann.

Zu den ländlichen Räumen

85% unseres Landes gehören zu den ländlichen Räumen, die sich durch ihre Lage und Strukturen immer stärker unterschiedlich entwickeln.

So verlieren periphere ländliche Räume und zugleich gewinnen sogenannte Speckgürtelregionen.

Unser Land ist besonders stark vom demografischen Wandel betroffen, der durch sinkende Bevölkerungszahlen, den rasant verlaufenden Alterungsprozess sowie selektive Wanderungsverluste bestimmt ist.

Kommunen, insbesondere in den peripheren Räumen stehen vielfach vor der Situation, die Daseinsvorsorge nicht mehr aus eigener Kraft sichern zu können. Sie sind auf Hilfen der EU, des Bundes und der Länder angewiesen.

Deren Förderung wird aber in absehbarer Zeit reduziert.

Der 2. Säule der neuen GAP und ihrer Finanzausstattung und deren Einsatzmöglichkeiten kommt deshalb eine große Bedeutung zu.

Für die künftige Politik bedeutet das:

Die guten Erfahrungen des Regionalmanagements und des Leader-Prozesses sollten mit einem integrierten, regionalen Förderansatz weiter entwickelt werden. Durch die Bündelung der Verantwortlichkeit für die verschiedenen Fördertöpfe auf Landesebene wollen wir eine ganzheitliche Förderpolitik, aus einem Guss ermöglichen.

Den regionalen Akteuren wollen wir mehr Kompetenzen und Verantwortung für den Mitteleinsatz übertragen.

Die Regionen sollen selbst entscheiden können, was sie fördern wollen und müssen.

Die jetzige Praxis ist eher davon geprägt, dass man zu fördernde Aufgaben danach aussucht, wie sie in die Förderbürokratie passen könnten.

Der Boden und die Frage, wem er gehört, hat uns in der nun fast vergangenen Legislaturperiode stark beschäftigt. Er war sozusagen unser Hauptthema.

Im Mittelpunkt stand dabei die Preisentwicklung durch das Handeln der BVVG.

Vor wenigen Tagen erreicht uns die Meldung, dass das skandalöse 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz welches aus unserer Sicht die nichtwirtschaftenden Alteigentümer ungerechtfertigt bevorteilt, gewaltige Folgen entwickeln wird.

So geht die Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum davon aus, dass viele tausend Alteigentümer ihre Ansprüche noch nicht geltend gemacht haben.

Das kann in unseren Augen auch der Grund sein, dass das Bundesfinanzministerium derzeit nicht bereit ist die Verhandlungen mit unserem Land zur Übernahme der restlichen BVVG- Flächen in Landeshoheit zu führen. Wahrscheinlich will man erst abwarten, ob es nach den Auswirkungen des Gesetzes überhaupt noch Reste geben wird.

Wir stehen nach wie vor dafür, dass Bauernland nicht in Investorenhand gerät und die historischen Ergebnisse der Bodenreform Bestand haben.

..Die Agrarforschung im Land an Universitäten, Hochschulen, und sonstigen Einrichtungen hat über die eigentliche Landwirtschaft hinaus für die ländlichen Räume und die gesamte Gesellschaft insgesamt eine zentrale Bedeutung und muss weiter gestärkt werden.

Wichtige Disziplinen sind Verfahrensentwicklung, Betriebswirtschaft, Naturwissenschaftlich- technische Grundlagen für die Bewältigung der gesellschaftlichen Anforderungen

Abschluss:

Landwirtschaftliche Betriebe haben eine zentrale Bedeutung für das Leben im Dorf, für das Leben im gesamten ländlichen Raum. Als Beginn der Wertschöpfungskette und von regionalen Wirtschaftskreisläufen, als flexibler Unterstützer bei der Aufrechterhaltung der Infrastruktur aber auch beim sozialen und kulturellen Leben im ländlichen Raum. Hier wären öffentlichen Hände ohne unkomplizierte Unterstützung von Betrieben, *die sich ihre soziale Verantwortung betriebswirtschaftlich leisten können müssen*, in vielen Fällen überfordert.

Also: der Bauer gehört ins Dorf

Mit nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen bleiben die ländlichen Räume lebenswert und das Land hat eine Zukunft, wie wir in unserem Leitbild 2020 plus herausgearbeitet haben.